

Die CDU-Sozialpolitik umfasst viele Lebensbereiche: Das Leben im Alter, die Vermeidung von Armut und Obdachlosigkeit, das Leben mit Behinderungen, den sozialen Wohnungsmarkt, Integration und Flüchtlingspolitik sowie Suchthilfe. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft ein selbstbestimmtes Leben führen können. Getreu

unserem sozialpolitischen Leitsatz „Fördern und Fordern“ setzen wir auf Hilfe zur Selbsthilfe und Förderung von Eigenverantwortung. Zugleich schaffen wir Unterstützungsstrukturen für diejenigen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu helfen.

Soziales Handeln ist das, was unsere Stadtgesellschaft zusammenhält.

Peter Wolfgarten, sozialpolitischer Sprecher



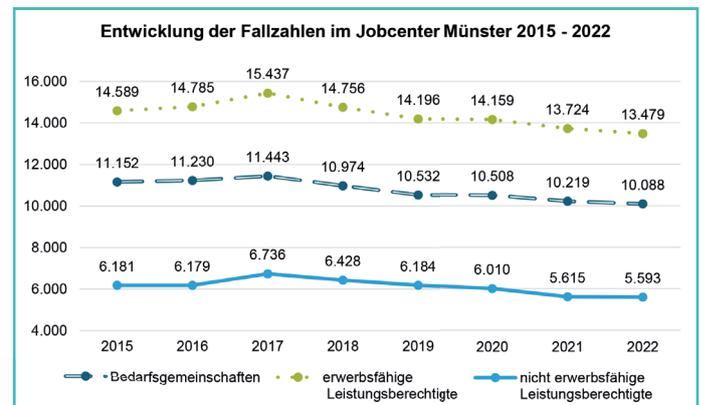
Was sind die größten Herausforderungen?

Die Einsamkeit im Alter nimmt zu. Die Senioren sollen möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben. Dafür brauchen wir eine passende quartiersnahe Infrastruktur. Der Fachkräftebedarf im Bereich Pflege muss gesichert werden. Gleichzeitig muss genug bezahlbarer und barrierefreier Wohnraum zur Verfügung stehen. Die Arbeitsmarktintegration aller Gruppen unter Nutzung der vorhandenen Arbeitsmarktinstrumente muss forciert werden. Um Geflüchtete

gut zu integrieren, brauchen wir Sprach- und Qualifizierungsprogramme. Obdachlose Menschen und von Sucht Betroffene brauchen ein Angebot für Unterbringung, Beratung und Verpflegung. Die Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung insbesondere die Stärkung der hausärztlichen Versorgung, müssen räumlich und personell angemessen sichergestellt werden. Geflüchtete müssen untergebracht, versorgt und integriert werden.

Was wurde erreicht?

Mit dem größten Kraftakt - der Aufnahme der geflüchteten Ukrainer - haben wir bewiesen, dass wir in der Lage sind, auch die besonderen Herausforderungen zu meistern. Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ist integrationsfördernd und wird fortgesetzt. Kapazitäten der Wohnungsloseneinrichtungen wurden erweitert, um mehr Plätze zu schaffen. Stadtteilorientierte Quartiersarbeit wurde in Kooperation mit freien Trägern gesichert. Der kommunale Pflegebedarfsplan für die kommenden Jahre wurde beschlossen, mit dem Ziel, angesichts des steigenden Bedarfs über 100 zusätzliche vollstationäre Pflegeplätze einzurichten. Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2024 wurde beschlossen. Es beschreibt, mit welchen Strategien und operativen Aktivitäten sowie konkreten Maßnahmen die Ziele innerhalb der einzelnen Handlungsfelder erreicht werden sollen.



Fallzahlen im Jobcenter der Stadt Münster, Jahresdurchschnittswerte 2015 bis 2022

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit



Wie geht es weiter?

Münster braucht mehr Pflegeplätze. Daher verfolgen wir weiterhin aktiv das Ziel der Entwicklung altengerechter Quartiere mit Pflege- und Versorgungssicherheit.

Wir wollen weitere Instrumente entwickeln, um mehr Vermittlung und Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen. Dafür wird das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2024 umgesetzt.

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Drogenszene am Bremer Platz. Die sich ergänzende Kombination aus Suchtprävention, Hilfsangeboten sowie repressiven Maßnahmen müssen gemeinsam mit allen Beteiligten weiterentwickelt werden. Ziel muss es sein, einerseits den suchtkranken Menschen beratend und unterstützend zu begegnen und auf der anderen Seite dem offenen Drogenhandel mit einer Nulltoleranzpolitik entgegenzutreten.



Stefan Leschniok, ordnungspolitischer Sprecher, und Peter Wolfgarten, sozialpolitischer Sprecher, am Multiproblemort Bremer Platz.

Verbesserung der Integration in die Erwerbstätigkeit

Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Soziale Teilhabe

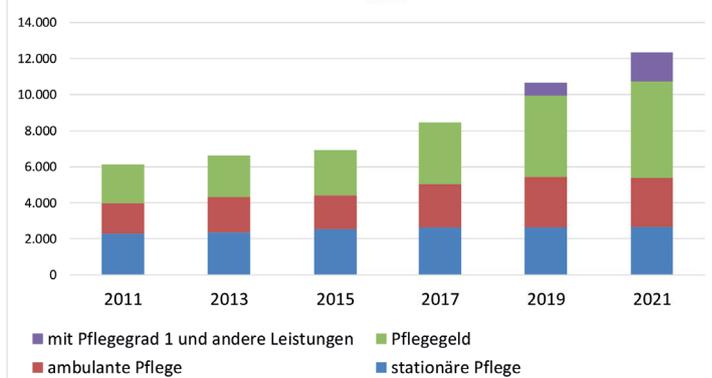
Quelle: Stadt Münster

Was will die CDU? Welche Initiativen hat die CDU dazu eingebracht? Welche besonderen Erfolge gab es?

Auf CDU Initiative wurde die Resolution „Münsteraner Hilfenetz für junge Arbeitssuchende erhalten - Mittelkürzung im SGB II und Aufgabenverlagerung für junge Menschen unter 25 Jahren von den Jobcentern hin zur Agentur für Arbeit verhindern“ beschlossen. Der Antrag „Quartiersbezogene Pflege stärken“ zielt auf Stärkung der ambulanten Pflege in den unterversorgten Stadtteilen. Unterstützt haben wir mit einem eigenen Antrag das Ansinnen der KIB, durch ein digitales Wohnungstauschportal Senioren mit zu großem Wohnraum mit Familien zu kleinem Wohnraum zusammenzubringen, um ihre Wohnungen zu tauschen.

Um gemeinsame Arbeit von Menschen mit und ohne Behinderung bei der Stadt Münster zu fördern, wurde eine Gründung eines Inklusionsbetriebs beantragt, die auf ein positives Echo des Landessozialministers Karl Josef Laumann gestoßen ist.

Entwicklung der Zahl der Leistungsempfänger/-innen nach Leistungsart 2011-2021



Quelle: Stadt Münster